Huml fordert rasche Reform des Risikostrukturausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung – Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Studiengangs Gesundheitsökonomie an der Universität Bayreuth

8. November 2018

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml fordert mehr Tempo bei der Reform des Risikostrukturausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung (Morbi-RSA). Huml betonte am Donnerstag anlässlich einer Veranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum des Studiengangs Gesundheitsökonomie an der Universität Bayreuth: „Nur eine gerechte Verteilung der Finanzmittel kann die Basis für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem und für fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen um bessere Leistungen sein. Der aktuelle Risikostrukturausgleich schafft dies aber nicht. Das muss endlich geändert werden.“

Die Ministerin verwies darauf, dass die Universität Bayreuth maßgeblich an den wissenschaftlichen Gutachten 2014 und 2016 zu einer Reform des Morbi-RSA beteiligt war. In den Gutachten konnte unter anderem aufgezeigt werden, dass die bayerischen Versicherten durch den gegenwärtigen Risikostrukturausgleich deutlich benachteiligt sind. Anschließend haben Gutachten auf Bundesebene unterstrichen, dass regionale Merkmale künftig im Morbi-RSA berücksichtigt werden sollten.

Huml unterstrich: „Wir brauchen jetzt rasche und nachhaltige Reformen. Dazu gehört auch die Anerkennung regionaler Struktur- und Kostenunterschiede.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Wir haben im bayerischen Koalitionsvertrag das Ziel festgehalten, eine gerechte Mittelverteilung aus dem Gesundheitsfonds unter den Ländern zu erreichen. Künftig muss den Versorgungsstrukturen Bayerns besser Rechnung getragen werden. Daher dringen wir beim Bund auf die Einführung eines Regionalfaktors im Risikostrukturausgleich.“

Huml erläuterte: „Ein regionaler Ausgleichsfaktor ist überfällig. Denn es muss dafür gesorgt werden, dass bayerische Versichertengelder die Menschen in Bayern ausreichend unterstützen. Derzeit ist dies nicht der Fall, weil die Leistungsausgaben der Krankenkassen in einer Hochlohn- und Hochpreisregion wie Bayern von den bundesdurchschnittlichen Zuweisungen des Gesundheitsfonds nicht abgedeckt werden.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers